

Pressemitteilung

03.05.2013

Subventionen müssen zum Abbau von Barrieren verpflichten

Aus Anlass des Europäischen Protesttages der Menschen mit Behinderung (5. Mai) erklärt Gerda Bertram, 1. Landesvorsitzende des SoVD Nordrhein-Westfalen (Sozialverband Deutschland):

„Menschen mit Behinderungen stoßen im öffentlichen Raum immer noch auf viel zu viele Hürden und Hindernisse, die ihre Teilhabe und Selbstbestimmung erheblich einschränken – sei es beim Einkauf um die Ecke, bei der Fahrt in Bus und Bahn oder beim Krankenhausaufenthalt. Auch wenn sich hier und da was tut – in der Fläche können wir noch lange nicht von Barrierefreiheit sprechen. Der SoVD NRW fordert deshalb verbindliche gesetzliche Vorgaben zur Umsetzung der Barrierefreiheit. Öffentliche Gebäude und Einrichtungen und der ÖPNV müssen für alle Menschen zugänglich sein. Darüber hinaus sollte die Vergabe von Fördermitteln – insbesondere beim ÖPNV und beim Bauen – künftig an die Verpflichtung zum Abbau von Barrieren gekoppelt sein. Zudem weisen wir darauf hin, dass auch bezahlbare barrierefreie Wohnungen in Nordrhein-Westfalen Mangelware sind. Schätzungen gehen davon aus, dass bis 2030 bis zu drei Millionen Wohnungen um- und neu gebaut werden müssen, um den steigenden Bedarf zu decken.

Der SoVD (Sozialverband Deutschland) ist mit über 540.000 Mitgliedern einer der größten Sozialverbände in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen gehören dem Verband über 100.000 Menschen an. Der gemeinnützige Verband berät und vertritt seine Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen wie Rente, Kranken- und Pflegeversicherung, Schwerbehindertenrecht, Grundsicherung und Arbeitslosenversicherung gegenüber Behörden und Sozialgerichten. Darüber hinaus setzt sich der Verband für die Interessen behinderter, chronisch kranker, pflegebedürftiger, älterer und sozial benachteiligter Menschen ein. Weitere Informationen unter www.sovd-nrw.de